

Öffentliche Soziologie als sozialwissenschaftliche Antwort auf das neoliberale Rollback? Fragen und weiterführende Überlegungen zu einer aktuellen Debatte in konstruktiv-kritischer Absicht

1. Einleitung

In den letzten Jahren ist von einigen prominenten KollegInnen das Konzept einer *öffentlichen Soziologie* entwickelt worden.¹ Es hat eine durchaus bemerkenswerte Debatte ausgelöst. Das Konzept und diese Debatte ist vor dem Hintergrund ungelöster, in die Zukunft hinein ‚vertagter‘ und sich deshalb nur noch bedrohlicher aufschaukelnder Krisenprozesse zu verstehen – und sie haben viel damit zu tun, dass die Soziologie als Wissenschaft, wie Pierre Bourdieu einmal unter Bezugnahme auf Wolf Lepenies formuliert hat, eine Art *Bastard* ist. Sie vermag in Zeiten eines eher zunehmend naturwissenschaftlich geprägten Wissenschaftsverständnisses mit ihren Ergebnissen immer weniger Resonanz in der Gesellschaft auszulösen – ganz anders als eine an einem naturwissenschaftlichen Wissenschaftsverständnis orientierte angebotsorientierte Wirtschaftswissenschaft. Die ist ja in Deutschland besonders einseitig und dominant und stützt so Hannah Arendts Stufenfolge von *Selbsttäuschung, Täuschung, Lüge, Ideologisierung und Wirklichkeitsverlust* in der Politik. Till van Treeck² spricht so völlig zu Recht von einer *Krise der Wirtschaftswissenschaften*, was den *Triumph* ihrer *gescheiterten Ideen* im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Leitlinien in Deutschland wie in der EU allerdings immer noch in keiner Weise beeinträchtigt. Ihr den Politikbetrieb stützender Marktradikalismus prägt weiter den öffentlichen Diskurs.

Die Debatte zu einer *öffentlichen Soziologie* ist von Soziolog*innen angestoßen worden, nach deren Selbstverständnis ihr wissenschaftliches Fach als *Wissenschaft von der, in der und für die Gesellschaft*³ fast selbstverständlich das Ziel haben müsste, die Zivilgesellschaft gegen eine stetig weiter fortschreitende Vermarktlichung zu verteidigen. Der Arbeitssoziologe Michael Burawoy hat einen wesentlichen Impuls für diese Debatte gesetzt. Er hat sich mit den Folgen solcher Vermarktlichung zuletzt empirisch in einem der Schwellenländer auseinandergesetzt, auf die sich die industrielle Produktion der in den Augen mancher wissenschaftlicher Beobachter zunehmend postindustriellen westlichen Länder zuletzt verlagert hat. Er und Andere stellen angesichts des ungebrochenen neoliberalen Rollbacks die Frage, ob die Soziologie noch eine öffentliche Stimme besitzt, die ernst genommen wird, und ob sie es vermag, sofern sie diesen Anspruch überhaupt erhebt, Einfluss auf die im Gange befind-

¹ Siehe dazu den von Brigitte Aulenbacher u. a. (2017) herausgegebenen Sammelband.

² Gleichermaßen in einem Beitrag in dem erwähnten Band; siehe van Treeck 2017, 345.

³ So Michael Burawoy, zitiert nach Aulenbacher (2017, 86).

liche gesellschaftliche Transformation zu nehmen? In dem von ihnen angestoßenen innerwissenschaftlichen Diskurs geht es um den Versuch, diese Fragen zumindest anzugehen.

Sicherlich ist es kein Zufall, dass diese Debatte um einen sehr umfassende Anspruch einer *öffentlichen Soziologie* in Deutschland von Kolleg*innen formuliert wird, die stark von der Teildisziplin der Arbeits- und Industriesoziologie geprägt sind. Die wollte in ihrer Geschichte immer mehr sein, als nur eine soziologische Teildisziplin⁴ – und in ihr war die Marx-Renaissance der 1970er Jahre besonders nachhaltig wirksam. Für ihre deutschen Repräsentanten gilt, ähnlich wie für Micheal Burawoy, dass mit der Orientierung auf Erwerbsarbeit und die ‚große Industrie‘ immer eine besondere Nähe zur Marxschen Theorietradition gegeben war.⁵ Klaus Dörre und Hans-Jürgen Urban weisen in ihren Beiträgen in dem erwähnten Sammelband darauf hin – zum Teil unter expliziter Bezugnahme auf ihre wissenschaftliche Sozialisation in der ‚Abendroth-Schule‘ in Marburg, und Urban unterstreicht, dass für diese Variante einer marxistisch geprägten Soziologie die geschichtsmetaphysische Teleologie eines *prophetischen Marxismus*⁶ nie eine Rolle gespielt habe. Das mag stimmen. Gleichwohl: eine Soziologie in dieser Tradition, die als Gesellschaftswissenschaft eine ganz besonders herausgehobene Position beansprucht, bringt ihre Probleme mit sich.

Das gilt nicht nur deshalb, weil in den Gesellschaftswissenschaften einzeldisziplinäre und erst Recht spezialdisziplinäre Zugriffe auf die soziale Wirklichkeit einerseits je spezifische und mithin gewöhnlich vereinseitigende Zugriffe mit sich bringen. Darüber hinaus gilt auch hier wieder, dass es neben wissenschaftlichen Zugriffen auf ihre jeweiligen Gegenstände immer auch um grundlegende philosophische Fragen geht – zumal in einer Debatte, die so ambitioniert geführt wird wie diese. Ich äußere mich im Folgenden vor dem Hintergrund der Erfahrung von 45 Jahren arbeitswissenschaftlicher und arbeitspolitischer Praxis. Dazu gehören 38 Jahre wissenschaftlicher Arbeit in einem eher hochschulfernen anwendungsorientiert und politiknah ausgerichteten Forschungsinstitut, dem Landesinstitut sozialforschungsstelle Dortmund. 25 Jahre

⁴ Siehe hierzu zuletzt Dieter Sauer's Reflexionen zur Zukunft der Arbeits- und Industriesoziologie (Sauer 2008).

⁵ Die letzte Marxrenaissance in der Arbeits- und Industriesoziologie liegt allerdings einige Zeit zurück (vgl. Brandt 1984). Michael Schumann hat 2002 an sie erinnert, und kurz darauf kam es zu einer intensiven Diskussion, zunächst um eine Krise, dann um eine „Neuvermessung“ des Fachs (Huchler 2008, Martens 2008). In dieser Debatte wurden u.a. auch systemtheoretische Ansätze ‚ins Spiel‘ gebracht. Doch Forschungsansätze in Marxscher Tradition spielen weiterhin innerhalb des Fachs eine wichtige Rolle.

⁶ Albert Camus verwendet diesen Begriff, und er (2016, 246f) argumentiert Marx habe *in seiner Doktrin die gültigste kritische Methode mit dem anfechtbarsten utopischen Messianismus vermischt* und zielt dann mit seiner stringenten philosophischen Kritik in *Der Mensch in der Revolte* auf diesen *prophetischen Marxismus* – unter anderem mit dem Hinweis, das Moskauer Marx-Engels-Institut habe die Herausgabe der Werke Marxens 1935 abgebrochen, weil *der Inhalt (der über dreißig unveröffentlicht gebliebenen Bände) zweifellos nicht ‚marxistisch‘ genug* gewesen sei. Diese Passage seines Buches endet damit, dass er dem Marxismus-Leninismus seiner Gegenwart ein Marx-Zitat entgegen schleudert: *Ein Ziel, das ungerichte Mittel braucht, ist kein gerechtes Ziel.*

lang war ich in dieser Zeit Mitglied des wissenschaftlichen Leitungsgremiums des Instituts, das um die Jahrhundertwende herum die vermutlich größte arbeitswissenschaftliche Forschungseinrichtung dieser Art in Deutschland gewesen ist.

Für Kenner dieses als Landesinstitut zunehmend hochschulfernen Instituts ist es nicht überraschend, dass ich mich am ehesten in der Nähe von Brigitte Aulenbachers Lesart öffentlicher Soziologie sehe, nach der *professionelle, angewandte und öffentliche Soziologie als drei Ausrichtungen des Fachs* anzusehen sind, *in denen es in kritischer Intention Gesellschaftsanalyse betreiben kann*.⁷ Aus meiner Erfahrung heraus meine ich, wohlbegründet die These vertreten zu können, dass die sozialwissenschaftliche Forschung, der ich während meines Erwerbslebens verpflichtet war und immer noch bin, immer darum gerungen hat, eine anwendungsorientierte und politiknahe Forschungs- und Beratungstätigkeit – allerdings allenfalls unter anderem in der Tradition kritischer Theorie - zu fundieren und ihre Ergebnisse vor allem immer wieder an jeweilige gesellschaftliche Teilöffentlichkeiten zurückzuspielen. Meine Erfahrungen gehen allerdings auch dahin, dass sich die Chancen für Erfolge bei diesen Bemühungen im Verlauf des neoliberalen Rollbacks, mit dem wir nun schon über mehrere Jahrzehnte konfrontiert sind, sicherlich nicht verbessert haben. Darüber hinaus, haben die Zwänge der Drittmittelforschung auch die Spielräume zu grundlagentheoretischer Fundierung solcher anwendungs- und politiknahen Forschung erheblich, und im Zuge der Vermarktlichung von Forschung weiter zunehmend beeinträchtigt.⁸ Es kann nun zwar sein, dass ich hier eher über eigene Schwächen als über verallgemeinerbare Trends spreche. Doch Trendeinschätzungen, wie die, die ein so renommierter Kollege wie M. R. Lepsius formuliert hat (s. u.), sprechen wohl eher für hohe Verallgemeinerbarkeit.

2. Das Ziel der Debatte um öffentliche Soziologie

Die AutorInnen von *Öffentliche Soziologie* fragen in der Einleitung zu ihrem Sammelband, ob die Soziologie eine öffentliche Stimme besitzt, die ernst genommen wird und ob sie einen solchen Anspruch selbst ernst nimmt, der heute bedeuten müsste, als Wissenschaft Einfluss auf einen in Gang befindlichen Transformationsprozess zu nehmen? Schon im Blick auf die Soziologie selbst als einzelwissenschaftliche Disziplin, die Burawoy zu Recht als *Machtfeld* bezeichnet, ist *öffentliche Soziologie* damit ein höchst anspruchsvolles Programm.

Die Herausgeber*innen des Sammelbands wollen diese Fragen in einem ersten Schritt zumindest angehen. Dabei sind die aktuellen Veränderungen im wissen-

⁷ Zitiert nach Aulenbacher 2017, 87. Ähnlich argumentiert in dem hier in Rede stehenden Sammelband auch Christoph Georg, der mit Bezug auf den frühen Horkheimer zudem die Herausforderung zu wissenschaftlicher Interdisziplinarität hervorhebt (Georg 2017, 133f).

⁸ Siehe zu meinem Verständnis der Forschungs- und Beratungstätigkeit an der sfs Martens 2001, zur rückblickenden Bilanzierung meiner wissenschaftlichen Arbeit am Landesinstitut Sozialforschungsstelle im Blick nach vorn Martens 2013.

schaftlichen Feld erklärtermaßen ihr Ausgangspunkt. Bei einer Lageeinschätzung, die angesichts des noch ungebrochenen neoliberalen Rollbacks unter anderem bestimmt ist vom Verlust gesellschaftspolitischer Akteure als Ansprechpartner und der Zerstörung bürgerlicher Öffentlichkeit, ist ein solcher Schritt schlüssig. Im Blick auf den innerwissenschaftlichen Diskurs gilt es aber zu beachten, dass gegenwärtig Soziologen Zustand und Leistungsfähigkeit ihres Faches höchst kritisch diskutieren, und dass das wissenschaftliche Feld, auch das der Soziologie als einer Disziplin darin, im Übrigen nicht zuletzt ein *Machtfeld* ist, wie Burawoy zutreffend feststellt.⁹ In ihm wird ein stetiger Kampf um die Behauptung theoretischer Erklärungsansätze und die Sicherung und Festigung wissenschaftlicher Reputation geführt. Kein geringerer als Max Plank, der Idee fortschreitender wissenschaftlicher Erkenntnis tief verpflichtet, hat einmal im Zusammenhang mit Ausführungen um Auseinandersetzungen um wissenschaftliche Lehrmeinungen festgestellt:

*Eine neue wissenschaftliche Wahrheit pflegt sich nicht in der Weise durchzusetzen, dass ihre Gegner überzeugt werden und sich belehren, sondern vielmehr dadurch, dass ihre Gegner allmählich aussterben.*¹⁰

Heute ist dies ein Kampf, der angesichts des *akademischen Kapitalismus*, der an den Universitäten Einzug gehalten hat,¹¹ nicht zuletzt ein Kampf um Ressourcen ist. Es geht mithin für die Verfechter einer *öffentlichen Soziologie* immer darum, in eins einen Kampf um erfolgreiche Selbstbehauptung innerhalb des Faches und seiner Teildisziplin zu führen und aus diesem Kampf heraus zugleich wachsende Resonanz im außerwissenschaftlichen öffentlichen Raum zu erzeugen. In Zeiten, die durch einen Verlust gesellschaftspolitischer Akteure als Ansprechpartner und eine Zerstörung bürgerlicher Öffentlichkeit geprägt sind, nimmt sich das als ein geradezu heroisches Programm aus.

Klaus Dörre spricht in seinem Einzelbeitrag zur Debatte davon, dass es sich bei der Soziologie – der *professionellen, angewandten* oder auch *kritischen Soziologie* - um eine *Krisenwissenschaft ohne Krisenbegriff* handele. Für die Soziologie gilt aber auch, dass sie sich selbst in einer Krise befindet - jedenfalls im Urteil wichtiger ihrer Repräsentanten und Beobachter. Das Projekt einer *öffentlichen Soziologie* kann daher auch als eine Reaktion auf eine Krise des Faches verstanden werden. Seine Protagonisten müssten sich deshalb – über die Aufforderung hinaus, sich innerhalb des Faches wechselseitig ernst zu nehmen - zunächst mit den Debatten auseinanderset-

⁹ Michael Reif (2016) weist überdies mit Recht in seiner soziologiegeschichtlichen Analyse darauf hin, dass jene frühen professionellen Soziologen wie Max Weber oder Georg Simmel, die in den 1920er Jahren in Deutschland im an den Universitäten institutionalisierten sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Machtfeld um die Etablierung der Soziologie als neue wissenschaftliche Disziplin gekämpft haben, diesen Kampf nicht zuletzt mit *definitionspolitischen Konzepten* geführt hätten, die darauf zielten politische Erwartungen an das Fach zurückzuweisen. Professionalisierung durch gesteigerte Selbstreferentialität könnte man dazu systemtheoretisch zugespitzt sagen.

¹⁰ Siehe Max Plank 1990, 33.

¹¹ Siehe dazu Richard Münch 2011.

zen, in denen sich einige seiner wichtigsten Repräsentanten zu dessen Krise geäußert haben. So hat M. R. Lepsius wiederholt davon gesprochen, dass unser Fach unter den heutigen Bedingungen der *Wissenschaftsfreiheit* in der Regel von kurzatmiger und marktnaher Drittmittelforschung geprägt ist, die nach seiner Beobachtung in aller Regel nicht mehr auf Theorien mittlerer Reichweite rückbezogen wird. Die Soziologie sei, so Lepsius, ein *merkwürdiges Fach*, nicht nur *Krisenwissenschaft* sondern *selbst eine Dauerkrise, ohne Selbstreflexion in bemerkenswertem Ausmaß*. Sie füge sich ohne *richtige fachbezogene Formierung in eine Anpassung an vermeintliche oder tatsächliche Probleme*. Weiter konstatiert er, dass die Soziologie keine *normative Kraft* (habe), *die eine Begriffskontinuität und Begriffsentwicklung sichert*. Das Problem liege zugleich darin, dass die sozialen Probleme *keine Definitionsmacht auf die Gestalt der Soziologie hätten*; und die Folge davon sei, dass man *aus soziologischer Perspektive unabhängig vom öffentlichen Diskurs diskutieren (könne), was man will*. Das ist *Freiheit*, so fährt er fort, aber *professionspolitisch würde man natürlich immer darauf hinweisen, dass eine zu große Beliebigkeit eingetreten ist*.¹² Ähnlich kritisch hat sich im Jahr 2004 Immanuel Wallerstein geäußert, der die Sozialwissenschaften insgesamt in einem *erbärmlichen Zustand* sieht.¹³ In einem Blick von außen schließlich hat der Kantianer Reinhard Brandt im Zuge seiner kritischen Analyse des Zustands der deutschen Universität nach Bologna ganz ähnlich davon gesprochen, dass in den Kulturwissenschaften, zu denen viele Fächer mutiert seien, von einer Art *Worthülsenakrobatik im Niemandsland der Unverbindlichkeit* gesprochen werden müsse. Seine Schlussfolgerung lautet: *Was tun? Partisanen der Erkenntnis werden. Das Regime der Bürokratie demaskieren und schwächen, wo immer es möglich ist*.¹⁴ Ganz ähnlich hat übrigens ein kritischer Arbeitsforscher, unser Kollege Dieter Sauer, in seinem *historischen und subjektiven Blick in die Zukunft der Arbeits- und Industriesoziologie* argumentiert, als er meinte, eine kritische Industriesoziologie werde zukünftig wieder mehr auf *subversive Strategien* verwiesen sein.¹⁵

Allerdings scheint es bei all dem nicht nur um den Zustand der Soziologie zu gehen. Der Soziologe Richard Münch spricht in seinem Buch *akademischer Kapitalismus* davon, dass unsere Gesellschaft *die Universitäten als Freistätten des Geistes aufgibt* und im Zuge der Ökonomisierung der Universität einer *Marktillusion* aufsitze. In ihr glaubten Beobachter und beteiligte Akteure, ihre Konkurrenz führe zu einer *optima-*

¹² Lepsius hat sich 2003 und 2008 in diesem Sinne ausführlich geäußert. Ich zitiere ihn hier nach einem Interview im Jahr 2003 (Lepsius2003, 21f). Zu der nicht zuletzt vor diesem Hintergrund zu verstehenden Debatte der Arbeits- und Industriesoziologie siehe meinen Hinweis in Fußnote 5.

¹³ Beide, Lepsius wie Wallerstein sind hoch anerkannte Sozialwissenschaftler; und es sei daran erinnert, dass Wallerstein (1995) sich bereits am Ende seiner Arbeit als Vorsitzender der *Gulbenkiankommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften*, äußerst kritisch geäußert und dazu aufgefordert hat, die Sozialwissenschaften in ihrer historisch gewachsenen Form *kaputt zu diskutieren*.

¹⁴ Siehe hierzu Brandt 2011, 197,

¹⁵ Siehe dazu Sauer 2008,215.

len Allokation von Angebot und Nachfrage wie beim Marktwettbewerb, streben aber primär nach Erfüllung der Standards, die der zentral positionierte Nachfrager, also das BMBF mit der staatlich alimentierten DFG, in Kennziffern ausdrückt.¹⁶ Doch wie auch immer, nimmt man die hier skizzierte Debatte ernst, dann folgt daraus: Die Aufforderung an die Wissenschaftler*innen des Fachs, sich in dessen Inneren Diskursen wechselseitig ernst zu nehmen, dürfte kaum ausreichen, um wirksam den Folgen zu begegnen, die eben der Vermarktlichungsprozess im universitären Wissenschaftsbetrieb zeitigt, gegen den die Initiative einer *öffentlichen Soziologie* zielt. Mindestens muss man auch ihn zum Gegenstand der Debatte machen.

3. In der Tradition eines Fachs, das immer mehr sein wollte, als eine Spezialdisziplin

Wer in solcher Lage argumentiert, dass die Soziologie künftig nur als Anwältin einer Zivilgesellschaft bestehen könne, die das Soziale gegen die *Tyrannie des Marktes und des staatlichen Despotismus* verteidigt (Burawoy 2015, 89), wird sich also mit den eben skizzierten Analysen zur Entwicklung im Wissenschaftssystem selbst auseinandersetzen müssen. Und selbstverständlich muss öffentliche Soziologie schon bei dieser Aufgabenstellung, und erst recht bei denkbaren Versuchen zu ihrer Realisierung, immer auch die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und Umbrüche im Blick haben. In der gemeinsamen Einleitung der Herausgeber ist so von einem *neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit* die Rede. In dem Beitrag von Klaus Dörre sind weitere Stichworte die der *ökonomisch-ökologischen Doppelkrise* und der drohenden *Systemkrise*. Das führt ihn zu einer Skizze von *Postwachstums-Kapitalismen* und fünf dagegen zu verfolgenden *Kernprojekten*.¹⁷ Michael Burawoy spricht von *drei Wellen der Vermarktlichung* in der Geschichte des Kapitalismus mit entsprechenden Hauptorientierungen gesellschaftlichen Konflikte, der Soziologie usw.¹⁸ Das ist extrem ambitioniert und bereitet angesichts der sehr holzschnittartigen Argumentation, insbesondere bei Burawoy, einige Probleme. Dass ich da eher der Lesart zuneige, die Brigitte Aulenbacher in der Tradition ‚kritischer Theorie‘ formuliert, habe ich einleitend schon geschrieben. Allerdings fehlt mir in ihrem Plädoyer für eine emanzipatorische Wissenschaft der Hinweis, dass der späte Horkheimer als Philosoph und nicht als Soziologe argumentiert - so etwa in seiner Rede zum 100. Todestag Arthur Schopenhauers, im Spannungsfeld zwischen hegelmарxistischer Emphase einerseits, Schopenhauerschem Pessimismus andererseits. Und dann wiederum vermisste ich bei Horkheimer den Bezug auf ein existenzielles philosophisches Denken, wie es bei Albert Camus entfaltet ist und gegenwärtig in wissenschaftlichen Debatten wie

¹⁶ Vgl. Münch, (2011), hier zitiert mit Kernaussagen aus einer Rezension von R. Klausnitzer unter dem Titel: *Intervention gegen das akademische Monopoly von heute*, in: Der Freitag 01.08. 2011.

¹⁷ Siehe Aulenbacher u.a. 2017, 21ff sowie Dörre 2017, 37ff sowie 46ff und 53ff.

¹⁸ Siehe. Burawoy 2017,109.

auch im politischen Diskurs neu entdeckt wird.¹⁹ *Öffentlichen Soziologie* muss sich in der Verfolgung ihres Projekts also, so würde ich argumentieren, nicht nur mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüchen auseinandersetzen. Sie sollte auch reflektieren, ob die Betonung eines besonders herausgehobenen einzelwissenschaftlicher Zugriffs, den sie für sich reklamiert, nicht unausweichlich Probleme mit sich bringt. Mir jedenfalls ist die auf eine sozialwissenschaftliche Profession hin zugespitzte, richtiger wohl eingeeengte Perspektive zu eng, die die gesamte Debatte prägt, denn die gesellschaftlichen Umbrüche sind nicht nur Gegenstand kritischer soziologischer Forschung.

Meine Kritik an der demgegenüber zu eingeeengten Perspektive ergibt sich zunächst einmal daraus, dass ich – als Politikwissenschaftler, der in seinem Berufsleben als empirischer Arbeits- und Gewerkschaftsforscher im Arbeits- und industriesoziologischen Feld tätig war - die multiplen Krisenentwicklungen in Ökonomie, Ökologie *und* Politik zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen nehme. Neben meinem entschiedenen Plädoyer dafür, die sozialwissenschaftlichen Herausforderungen der Zeit nicht zentral von *einer* einzelwissenschaftlichen Disziplin her anzugehen, vertrete ich so zum einen die Auffassung, dass man bei der Frage nach Einflussnahmen auf das neoliberale Rollback und seine Folgen die Wissenschaften nicht überschätzen sollte. Wenn es um politische Einflussnahme von Wissenschaftler*innen geht, um ihre Einflussnahme als Intellektuelle und politisch engagierte Bürger*innen also, dann muss man - nachdem man den Blick dazu auch auf den politischen Prozess der Gesellschaft in ihrer Krise geworfen hat - nach meiner Auffassung, breiter gefasst, mindestens das Verhältnis von Sozialwissenschaften in ihrer ganzen Breite, also Geschichte, Ökonomie, Politik einschließend, in den Blick nehmen.²⁰ Das Verhältnis von Politik und Philosophie kommt hinzu, und ich persönlich würde überdies, als Literaturwissenschaftler, der ich auch bin, geisteswissenschaftlich noch weiter ausholen und auch die Literatur mit einbeziehen.²¹ Wenn Heinz Bude (2017,374) im letzten Beitrag zu dem von Aulenbacher u.a. herausgegebenen Sammelband davon spricht, dass *öffentliche Soziologie und gegenwärtiges Theater an einem Strang ziehen*, kann ich dem nur zustimmen - und im Übrigen vorschlagen, den Blick auch auf andere Literaturgattungen zu erweitern.

¹⁹ Für die Sozialwissenschaften siehe die Arbeiten des Politikwissenschaftlers Markus Pausch (2017) oder auch eine meiner eigenen jüngsten Veröffentlichungen (Martens 2016). Für die Philosophie siehe Michel Onfray (2015), für den politischen Diskurs Andrea Ypsilanti (2018).

²⁰ Jürgen Habermas und Paul Krugman, die ich im Hinblick auf die ersten kritischen Einschätzungen der Weltfinanzkrise 2008 einleitend zitiert habe, sind ein Philosoph, so jedenfalls wird Habermas mittlerweile vorrangig gesehen, und ein Ökonom; und eine der prägnantesten ökonomischen Analysen der Weltfinanzkrise hat mit Josef Vogl (2010) ein Literaturwissenschaftler und Philosoph vorgelegt.

²¹ Siehe zum Verhältnis von Soziologie und Literatur, unter Bezugnahme auf Bourdieus einleitend zitierte Bemerkung zur Soziologie als einer *Bastardwissenschaft*, ausführlicher Martens 2018a.

Gerade anwendungs- und politiknah orientierte Forschung sollte sich also des Umstands bewusst sein, dass die gesellschaftliche Wirklichkeit nie nur einer Disziplin gehört.²² Es geht immer um zumindest sozialwissenschaftliche Interdisziplinarität, wenn man entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien im Hinblick auf klarere Orientierungen im politischen Prozess der Gesellschaft, als Soziologe darauf aus ist, die eigene Resonanz zu erhöhen. Und wie oben schon hervorgehoben, ist man dann auch dazu herausgefordert, diesen Prozess selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Analyse zu machen. Denn es gilt ja auch zu erklären, weshalb der politische Prozess einer Gesellschaft so fehlläuft, wie das derzeit der Fall ist – nach Überzeugung der Repräsentanten einer *öffentlichen Soziologie* ähnlich wie nach meiner Auffassung auch. Dazu sind dann auch politikwissenschaftliche Erklärungsansätze, und vielleicht auch die Kooperation mit Politikwissenschaftlern, wichtig. Ähnliches gilt für die Ökonomie usw. Und wenn es dann schließlich bei der Frage nach dem guten Leben um Sinnfragen geht, kommt unumgänglich auch das Verhältnis von Politik und Philosophie ins Spiel.²³

Ich finde meine Auffassung im Übrigen in einer Reihe von Einzelbeiträgen bestätigt, die die Herausgeber*innen von *Öffentliche Soziologie* versammelt haben. Till van Treeck (2017,354) spricht am Ende seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Zustand der Wirtschaftswissenschaften von einem neu zu schärfenden *Profil einer öffentlichen Sozialwissenschaft*, und Heinz Bude (2017, 374) spricht am Schluss seines Aufsatzes davon, dass eine *öffentliche Soziologie mit ihrem intellektuellen Auftrag, einen Beitrag zur Selbstverständigung der Gegenwartsgesellschaft zu leisten, nicht allein in der ersten Reihe sitzt*. Sie könne *nur zusammen mit anderen, denen die öffentlichen Angelegenheiten am Herzen liegen, die damit aufgeworfenen Fragen offenhalten*. Christoph Georg schließlich betont wiederholt das Erfordernis aber auch die Schwierigkeiten von Interdisziplinarität, und er richtet in seinem Beitrag über *Grenzverschiebungen in den Nachhaltigkeitswissenschaften* den Blick dann weiter auf die Einbeziehung nicht wissenschaftlichen Wissens:

Statt von einer öffentlichen Soziologie zu sprechen würde ich es (...) vorziehen, vom durchaus konflikthaften Zusammenwirken verschiedener

²² Christian von Ferber (1997) hat das aus Anlass des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) in Köln in einem Rückblick auf mehr als zwei Jahrzehnte der ‚Auswanderung‘ anwendungs- und politikorientierter Sozialforschung aus der Universität mit Nachdruck hervorgehoben und die unumgängliche Interdisziplinarität solcher Forschung betont. Seither erleben wir allerdings eine Art Trendumkehr im Zeichen einer Reakademisierung. Gleichzeitig wird an der heutigen Massenuniversität Forschung und Lehre nach dem Modell der Schule zur Produktion und Vermittlung von Wissen für eine fortschreitend ökonomisierte Gesellschaft derart reorganisiert, dass der Kantianer Reinhard Brandt (2011) mit Gründen fragen kann, wozu wir denn dann noch Universitäten benötigen – und zugleich, wie in These zwei ausgeführt, die These vertritt, dass man an ihnen nur noch als *Partisan der Erkenntnis* wissenschaftlich arbeiten könne.

²³ Existenzielle Philosophen wie Albert Camus oder solcher Philosophie verpflichtete Denkerinnen wie Hannah Arendt betonen übereinstimmend die zentrale Bedeutung solcher Sinnfragen – und bestreiten eine wissenschaftliche Zuständigkeit für ihre Beantwortung.

Formen der Expertise zu sprechen, womit sowohl Alltagswissen von nicht-wissenschaftlichen Akteurinnen als auch ein lokal verankertes Erfahrungswissen angesprochen ist (Georg 2017,143).

Das wiederum entspricht den Intentionen der Protagonisten einer *öffentlichen Soziologie*; aber Bude vermeidet es, in diesem Zusammenhang von einer organischen Soziologie zu sprechen. Ich komme darauf noch zurück.

Ein weiteres Argument möchte ich an dieser Stelle besonders hervorheben: Wenn eine Wissenschaft wie die Soziologie sich zu dem Projekt einer *öffentlichen Soziologie* herausgefordert sieht, weil der Soziologie die gesellschaftlichen Ansprechpartner verloren gegangen sind, wenn sie sich daher als Wissenschaft *für* die Gesellschaft öffentlich positionieren und ihre Befunde im politischen Prozess der Gesellschaft kritisch-konstruktiv zur Geltung bringen will, wird sie nicht umhin kommen, sich unter anderem auch mit kritischen Analysen dieses politischen Prozesses selbst auseinanderzusetzen. Meine Ausgangsüberlegung ist hier, dass Politik zwar wissenschaftliche Kenntnisse nutzen, oder, wie wir inzwischen sehr handfest erleben, leugnen oder ignorieren kann, dass aber der politische Prozess der Gesellschaft, ähnlich wie der ökonomische seine eigenen Logiken, Regelmäßigkeiten oder ‚Gesetze‘ hat.²⁴ Wenn man meint, dass dieser politische Prozess - eng verschränkt mit den sich gegenwärtig immer stärker auftürmenden Problemwolken infolge multipler Krisenprozesse - fehllaufe, muss man also auch ihn selbst kritisch durchleuchten. Man kann nicht – wie Burawoy in seinem Beitrag das tut, einfach konstatieren, dass *Politikwissenschaftler den Standpunkt des Staates vertreten* – und dann für die öffentliche Soziologie fordern, dass sie einen (anderen?) politischen Standpunkt einnimmt (ebd.).²⁵ Und im Übrigen kann und sollte man sich über die Analyse politischer Prozesse Klarheit darüber verschaffen, dass solche Prozesse nie wissenschaftlich gesteuert werden können – schon allein deshalb, weil jede als gesichert geltende wissenschaftliche Erkenntnis eine wachsende Zahl neuer Fragen aufwirft. Politische Prozesse und Entscheidungen sind in aller Regel eng an Interessen gebunden, die zumeist mehr oder weniger borniert sind. Politik aber zeichnet sich gerade durch das *Übersteigen von Interessen* aus, wie man bei Hannah Arendt lernen kann. Politischer Erfolg hängt weiterhin in hohem Maße davon ab, dass es Politiker*innen gelingt, erfolgreich Leidenschaften und Gefühle an zusprechen. Auch darauf ist noch zurückzukommen.

²⁴ Karl Marx (1939/41, 29) hat in seiner Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie nicht ohne Grund neben der politischen Ökonomie, der er die besten Jahre seines Lebens geopfert hat, wie er später schrieb, unter anderem auch die Politik, er spricht vom Krieg und von Staatsformen, als zwei mehrere weiterer Forschungsfelder benannt, denen es sich von seinem Wissenschaftsverständnis her zuzuwenden gelte.

²⁵ Burawoys (2017,101) grob vereinfachender These würde ich also energisch widersprechen. Hannah Arendt zum Beispiel war zwar als Politikwissenschaftlerin nie Schulbildend, aber sie hat sich ganz dezidiert als solche verstanden, und ihre Politikwissenschaft hat mit Sicherheit nie *den Standpunkt des Staates* vertreten. Deren Ziel war es vielmehr erklärmaßen, *dass der Mensch ein handelndes Wesen wird* (Arendt 1993,182). Siehe auch Martens 2013/16.

Für die große Denkerin Hannah Arendt, die sich als Politikwissenschaftlerin verstanden hat, besteht die Kunst der Politik gerade in solchem *Übersteigen von Interessen* (Brokmeier, 1994).²⁶ Ich halte das für zutreffend, denke aber, dass man in diesem Zusammenhang über den Interessenbegriff grundlegender nachdenken muss. Arendts stark Kantisch geprägtes Denken setzt entscheidend auf die menschliche Urteilskraft, ist also sehr rational geprägt. Wie Albert O. Hirschman (1980) gezeigt hat, verdankt sich der Erfolg des Interessenbegriffs als *Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg* eben der Vorstellung, mit der Orientierung auf eher rationale Interessen, die den Angehörigen des Adels zugeschriebenen eher leidenschaftlichen Handlungsmotive zurückdrängen zu können. Denis Diderot, führender Kopf der radikalen Französischen Aufklärung, hat demgegenüber immer, und zu Recht, darauf bestanden, dass *die Passion der Vernunft vorausgehe*.²⁷ Aus philosophischer wie auch soziologischer Sicht wäre schon aus diesem Grund über den Interessenbegriff von neuem grundlegend nachzudenken. Die in den marxistischen Traditionslinien problematische Unterscheidung von ‚objektiven‘ und ‚subjektiven‘ (Klassen)Interessen kommt dann noch hinzu. Darauf hinzuweisen, scheint mir an dieser Stelle deshalb wichtig zu sein, weil der arbeits- und industriesoziologische Bezug auf das Marxsche Denken im Hintergrund des Programms einer öffentlichen Soziologie ja doch eine bedeutsame Rolle spielt.

4. Es geht um Arbeit und Demokratie – und um das Verhältnis von Wissenschaft und Politik

Man könnte an dieser Stelle zunächst einmal festhalten: Der Anspruch, Soziologie als Wissenschaft *für* die Gesellschaft zu betreiben ist zweifellos nicht nur legitim, sondern vielen Soziolog*innen, und so auch mir, selbstverständlich. Es wäre aber fatal, würde man diesen Anspruch in besonders herausgehobener Weise für eine wissenschaftliche Disziplin reklamieren. Meine voranstehende Argumentation lief zugespitzt darauf hinaus, dass es angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisenentwicklungen um Arbeit und Demokratie geht, mithin um soziologische und politikwissenschaftliche Themen. Und wenn wir es mit multiplen Krisenprozessen zu tun haben, die sich zunehmend vor uns auftürmen, kommen mit ökonomischen wie ökologischen Krisenentwicklungen weitere Spezialdisziplinen ins Spiel. Darüber hinaus aber ist es unumgänglich, zwischen wissenschaftlicher Arbeit und intellektuellem Engagement, in das man dann wissenschaftliche, philosophische oder auch alltagspraktische Erfahrungen einbringt, sorgfältig zu unterscheiden.

Man kann und sollte als Soziologe oder Soziologin sicherlich fragen, wie man im politischen Prozess einer Gesellschaft wissenschaftliche Erkenntnisse des eigenen Fachs zur Geltung bringen kann. Und wenn man hinsichtlich der gesellschaftli-

²⁶ Peter Brokmeier (1994), hat diese Arendtsche Position innerhalb eines von der DFG geförderten politikwissenschaftlichen Diskurses entfaltet, in dem professionelle und kritische Politikwissenschaftler den Stand politischer Institutionentheorie zum Thema gemacht haben.

²⁷ Siehe dazu Blom 2010,15 sowie Martens 2014.

chen/politischen Wertschätzung des Fachs besorgt ist, hat man ganz gewiss gewichtige zusätzliche Gründe dafür. Erst Recht hat man die, wenn man nicht so sehr auf wissenschaftliche Reputation innerhalb des Fachs Wert legt, sondern vor allem auf die gesellschaftliche Resonanz der Ergebnisse eigener Forschungen aus ist und folgerichtig die Relevanz soziologischer Forschung für die Gesellschaft im Blick hat. Bei Soziologie als Wissenschaft *von der, in der und für die Gesellschaft* (Bufraway) mag das besonders naheliegen, und angesichts der neuen Welle fortschreitender Vermarktlichung von durch das Kapitalverhältnis geprägten Gesellschaften mag eine kritische Praxis dagegen für jeden Soziologen naheliegen, der sich auch als Intellektueller begreift – und das wird die dann auch Konsequenzen für die eigene wissenschaftliche Arbeit haben. Doch beides, die eigene wissenschaftliche Arbeit und das politische Engagement als Intellektueller, sind nach meinem Verständnis zunächst einmal sorgsam voneinander zu unterscheiden. Die Gefahr einer politischen Überformung wissenschaftlicher Arbeit entsteht sonst leicht – ganz unabhängig davon, ob zudem noch ein problematisches, geschichtsphilosophisch aufgeladenes Wissenschaftsverständnis mit einem daraus folgenden Sendungsbewusstsein im Spiel ist oder nicht.²⁸ Öffentliche Soziologie zielt, wie ich oben durchaus zustimmend gezeigt habe, auf Resonanzen im politischen Prozess der demokratisch verfassten Gesellschaften. Ihn hat das demokratische Projekt der Moderne, das seit der amerikanischen und französischen Revolution wieder in der Welt ist, als zunehmend öffentlichen Prozess konstituiert. Im Zeichen fortschreitender Prozesse einer Postdemokratisierung wird diese politische Öffentlichkeit durch einen neuen Strukturwandel zersetzt und bedroht. Kritische Soziologie ist ihm verpflichtet und sollte daher einer kritischen Politikwissenschaft verbunden sein.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit wird in den Gesellschaften, welche das demokratische Projekt der Moderne hervorgebracht hat, maßgeblich durch politische Prozesse geprägt. Dem Anspruch und den Verfassungsnormen demokratischer Gesellschaften nach ist das Angelegenheit des Demos insgesamt. In der Verfassungswirklichkeit sind es jedoch immer gesellschaftliche Funktionseliten, die allein diesen Prozess aktiv gestalten. Für die hier im Grundsatz rätendemokratisch denkende Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt ist das, im Ergebnis ihrer Analysen des Jahrhunderts der Revolutionen und ihrer Fragen danach, was denn Politik sei, ein zentrales und ungeöstes Problem²⁹ – ebenso wie das Problem der Herstellung einer durch Meinungsvielfalt geprägten Öffentlichkeit. Bei den berechtigten kritischen Hinweisen auf einen *neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit* seitens der Protagonisten einer *öffentlichen*

²⁸ Aus eigener beruflicher Erfahrung in den „wilden 70er Jahren stehen mir dazu Beispiele reichlich vor Augen.

²⁹ Siehe dazu Arendt 19974 und 1993. Zum Problem der Elitenbildung schreibt sie (1974, 355): *ich wünschte, ich könnte mich dieser Terminologie ganz entsagen*. Es ist alles andere als ein Zufall dass der innerwissenschaftliche Diskurs zur Krise der Politik, den allenfalls Richard Crouch (2008) ein wenig über diese Begrenzung hinausgetrieben hat, durchgängig – von Zigmunt Bauman über Gorgio Agamben oder Jacques Rancière bis zu Chantal Mouffe. Phillip Manow oder Holger Fach - das Denken Arendts als einen seiner zentralen Referenzpunkte hat. Siehe den Überblick zu dieser Debatte bei Martens (2010;86ff und 2014; 88-95).

Soziologie stünde sie daher auf deren Seite. Prominente Soziologen haben vom *Staatsadel* gesprochen - so Pierre Bourdieu für Frankreich -, oder auch schon sehr viel früher davon, dass für die USA von einem oligarchischen Herrschaftssystem auszugehen sei, das ggf. auch rasch zu einer Präsidialdiktatur führen könne.³⁰ Jedenfalls kann man allgemein davon sprechen, dass die Demokratie seit dem Beginn des demokratischen Projekts der Moderne immer nur als eine veränderte Herrschaftsform etabliert worden ist – die zudem in den fortgeschrittenen westlichen Staaten immer wieder auch heftig umkämpft gewesen ist – und bisher nicht zu einer Lebensform weiterentwickelt werden konnte. Dass in einer immer noch zutiefst fortschrittsgläubigen Welt - mit Fortschrittsmythen vom stetigen linearen Wirtschaftswachstum bis hin zu den wissenschaftlich-technischen Fortschrittsmythen³¹ – für die als Verfassungsnorm immerhin festgeschriebene repräsentative Demokratie nach allgemeiner Vorstellung gilt, dass damit im Blick auf jeglichen denkbaren Fortschritt ‚das Ende der Fahnenstange‘ erreicht sei, ist daher ein Sachverhalt der dringlich zu Ideologiekritik herausfordert. Und dies wäre ein Thema für Soziologen, Politologen und Philosophen.

Die zuletzt angestellten Überlegungen verweisen auf die Wissenschaftsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts, die das Denken der Moderne bis auf den Tag zutiefst geprägt hat – durchaus gegen die Philosophie des radikalen französischen Aufklärers Denis Diderot. Gerade eine *öffentliche Soziologie* wäre gut beraten, hier für einen selbstkritischen Blick auf unseren wissenschaftlichen Weltbezug zu lernen. Die kritische Soziologie hat Herrschaftsverhältnisse in den im Zuge der Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse fortgeschrittenen westlichen Ländern vor allem im Hinblick auf die Folgen kapitalistischer Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse behandelt. Das Demokratieproblem hingegen wurde in ihren Traditionslinien kaum systematisch bearbeitet.³² Ein weiteres Problem der Soziologischen Traditionslinien, an die *öffentliche Soziologie* heute anzuknüpfen sucht, liegt darin, dass es für sie als Gesellschaftswissenschaft immer wieder die Versuchung gegeben hat, sich an einem *privilegierten Ort* zu befinden, *der es ihr erlauben würde, als Soziologie für die Menschen der Gesellschaft zu sagen, wie sie leben sollen*. Man kann dies als eine Folge der Wissenschaftsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts ansehen, in dem sie entstanden ist und in dem zugleich das radikale philosophische Denken der frühen französischen Aufklärung in Vergessenheit geriet.³³ Brigitte Aulenbacher weist auf diese Versu-

³⁰ Siehe Bourdieu 2004 sowie Elias 1985, 107.

³¹ Siehe dazu, nicht nur im Blick auf die Naturwissenschaften, Hans Magnus Enzensbergers Arbeit über *Die Elixire der Wissenschaft* (Enzensberger 2002).

³² Auf Marxens Betonung der Notwendigkeit einer Analyse des Politischen habe ich bereits verwiesen. Zu meiner Auseinandersetzung zu den Folgen dieser Leerstelle in der Marxschen Theorettradition siehe Martens 2018b.

³³ Siehe zu dem hiermit angesprochenen Denis Diderot Philipp Bloms (2010) Buch *Böse Philosophen* oder auch Alexander Beckers (2013) Nachwort zu der Neuherausgabe seiner wichtigsten philosophischen Schriften, in dem er argumentiert, dass Diderots monistischer Naturalismus ganz auf der Höhe der Herausforderungen unserer Zeit formuliert sei.

chung zu Recht kritisch hin. Und auch wenn die Beteiligten am Diskurs über eine *öffentliche Soziologie* diese Gefahr sehen, die allerdings nur Aulenbacher explizit und kritisch anspricht,³⁴ das ist eine Gefahr, die bereits aus einer Unterschätzung der *Grenzen der Soziologie* folgt, auf die Hans-Peter Müller, der in dem hier diskutierten Band über *öffentliche Soziologie* als ein Repräsentant der professionellen Soziologie vertreten ist, zu Recht hinweist, und das ist ein wichtiger Gesichtspunkt..

5. Einige weiterführende Fragen

Wenn ich von diesen Überlegungen ausgehend noch einmal auf das Verhältnis von *öffentlicher Soziologie* und ihrem wissenschaftlichen Feld zurückkomme, ergeben sich für mich als Politikwissenschaftler, der während der 38 Jahre seiner Erwerbsbiographie auf dem Feld der Arbeits- und Industriesoziologen gewissermaßen ‚gewildert‘ hat, mehrere skeptische Fragen:

Die *professionelle Soziologie* hatte meines Erachtens nie den Anspruch, den die Protagonisten einer *öffentlichen Soziologie* an sie herantragen. Sie wollten nicht in dem Sinne Wissenschaft *für die* Gesellschaft sein, wie das etwa Aulenbacher in der an Marx anknüpfenden Denkweise der ‚Frankfurter Schule‘ oder Dörre und Urban in der Abendroths an sie herantragen. Und das gilt sicherlich nicht nur für Deutschland. Sie haben Wissenschaft und Politik in aller Regel klar getrennt, und es ging ihnen um Wissenschaft von der Gesellschaft. Nicht nur der, so Burawoy, amerikanischen Tradition *angewandter Soziologie* ging es mit ihren Gegenwartsdiagnosen darum, *fest in ihrer Gegenwart verhaftet* zu sein. Und *wenn sich lediglich mit dem Ausbügeln (...)* *geringfügiger Irrationalitäten* befassen wollten, dann ging es ihnen allenfalls darum, dafür wissenschaftlich begründetes Wissen anzubieten. Die gesellschaftsaffirmative Seite der Sozialwissenschaften, und auch der Soziologie, war immer wieder höchst ausgeprägt. Hier geht es um innerwissenschaftliche Kontroversen – und nicht zuletzt um das Problem der Abgrenzung, Selbstbezüglichkeit und Selbstbescheidenheit jeweiliger Spezialdisziplinen im Verhältnis zueinander. Immanuel Wallerstein hat 1996 nach seiner Arbeit als Leiter der Gulbenkian-Kommission zu Recht gefordert, die Sozialwissenschaften *kaputtzudenken*. Eine neue *öffentliche Soziologie*, schon allein im *Machtfeld der Soziologie*, von dem Burawoy spricht, wäre, wie ihre Vorläufer in der Vergangenheit auch, eine kritische Minderheit.

Man wird sich dann jedoch immer sehr schwer tun, wenn man aus einer solchen Position heraus den Versuch unternimmt, im Fach – von der Peripherie zum Zentrum hin – einen ernsthaften Dialog zu führen und zugleich für sich eine *komplexe*

³⁴ Siehe Aulenbacher 2017, 95. Hans-Jürgen Urbans Hinweis auf *entmutigende Erfahrungen aus der Vergangenheit* infolge einer *geschichtsphilosophisch aufgeladenen Überidentifikation der perzipierten Arbeiterinnenbewegung*, die eine *wissenschaftsunverträgliche Überpolitisierung* entsprechender Forschung bewirkt habe (Urban 2017, 79) zielt in die gleiche Richtung. Seine Kritik wendet sich aber eher gegen eine orthodoxe hegelmарxistische Traditionslinie auf Seiten der politischen Linken, an die manche Soziolog*innen aus der 68er Generation noch einmal anzuknüpfen suchten.

Außenposition zu beanspruchen. Man hält dann ja den Anderen – im Klartext – einen unterkomplexen Gegenstandsbezug, oder gar mehr oder weniger deutlich blanken Empirismus, wenn nicht gar Theorielosigkeit vor. Man wird vielmehr die unterschiedlichen theoretischen Ansätze zunächst einmal akzeptieren und dann als theoretische Modelle ernsthaft wechselseitiger Kritik aussetzen müssen - was Dörre, meines Erachtens anders als Burawoy, zutreffend betont. Im Übrigen sei an dieser Stelle daran erinnert, dass zu Zeiten der Marxrenaissance in den 1970er Jahren eine kritische, anwendungsorientierte und auch aktionsforscherisch ansetzende Arbeits- und Industriesoziologie innerhalb der Profession einen ausgesprochen schweren Stand gehabt hat. Denn die Profession hat sich, auch unter ihren kritischen Repräsentanten, im Mainstream klassisch aufklärerisch und deshalb mit gehöriger Skepsis gegenüber allzu großer Nähe zur außerwissenschaftlichen Praxis verstanden.³⁵

Darüber hinaus bedarf der eigene Anspruch an eine herrschaftskritische öffentliche Soziologie der Klärung, was sich für ihn mit der parallelen Formulierung von einer *organischen öffentlichen Soziologie* verknüpft. Ingo Singe und Johanna Sittel verwenden diesen von Burawoy in die Debatte eingebrachten Begriff, ähnlich wie Christoph Görg; für *oftmals spannungsreiche Akteurskooperationen* zwischen Arbeitssoziolog*innen und den in ihren Forschungsfeldern jeweils praktisch Handelnden.³⁶ Man assoziiert bei der Begriffswahl sofort Gramscis *organischen Intellektuellen*, der von ihm als mit dem Proletariat als dem revolutionären Subjekt eng verschränkt gedacht worden ist.³⁷ Wenn es dieses revolutionäre Subjekt jedoch nicht so gibt, wie es zumindest die diversen Marxismen gemeint haben - was Jacques Rancière in seiner Auseinandersetzung mit dem Marxschen Politikbegriff, er spricht von *Meta-Politik*, überzeugend gezeigt hat -, weil es sich nämlich bei dem Marxschen Proletariat im Grunde um eine *Nicht-Klasse* handelt, die es jeweils immer noch nicht gibt³⁸ -, kann man keine im Gramscischen Sinne mit ihm organisch verschränkte Wissenschaft denken. Mir liegt hier Michel Foucaults *spezifischer Intellektueller* sehr viel näher und ich würde mir eine schärfere Klärung des Begriffs in der Debatte um eine *öffentliche*

³⁵ Erst im Rückblick, wie er gut dreißig Jahre später unter methodischen und methodologischen Gesichtspunkten im Hinblick auf *Industriesoziologische Fallstudien* und die *Entwicklungspotenziale* dieser *Forschungsstrategie* erfolgt ist (Pongratz/Trinczek 2010), kann der Eindruck entstehen, dass es solche scharfen Kontroversen nicht gegeben habe.

³⁶ Siehe Singe und Sittel 2017, 193.

³⁷ Klaus Dörre (2017, 37) verwendet diesen Begriff im Übrigen ebenso ganz explizit, vermeidet es allerdings, dazu dann auch Gramsci zu zitieren.

³⁸ *Proletariat ist der Name der ,Klasse, die keine ist, formuliert Rancière (2002, 100). Das trifft vor allem die diversen Marxismen nach Marx – oder Das Elend der Theorie, also die Traditionslinie, aus der Rancière selbst kommt, und die E. P. Thompson (1980) seinerzeit scharf kritisiert hat. Marx selbst verwendet den Klassenbegriff allerdings anders, wie Michael Vester (2018) zeigt. Das gilt insbesondere dort, wo er sozusagen empirische soziologische und politische Analysen vorlegt und eine Vielzahl von gesellschaftlichen Klassen unter ökonomischen, sozialen und politischen Blickwinkeln unterscheidet, wie in den *Klassenkämpfen in Frankreich*.*

Soziologie wünschen.³⁹ So sehr es dann für Soziologen als *spezifische Intellektuelle* aus meiner Sicht richtig ist, Handelnde unterschiedlicher sozialer Akteursgruppen/Bewegungen als Subjekte ihres Handelns ernst zu nehmen und nicht zu Objekten wissenschaftlicher Untersuchung zu machen – schon allein deshalb, weil ein solches Vorgehen wissenschaftliche Erkenntnismöglichkeiten bereichert –, so sehr ist doch zugleich auf der Distanz zwischen handlungsentlasteter Wissenschaft und jeweiligen Gruppen praktisch Handelnder zu beharren. Ute Volkmann – unter den Autorinnen zu *Grundlagen und Kontroversen öffentlicher Soziologie* insoweit auch eher eine Repräsentantin der professionellen Soziologie – hebt diesen Aspekt mit allem Recht hervor.⁴⁰

6. Abschließende Bemerkungen zum industriesoziologischen Kern der Debatte

Soviel zu den weiterführenden, ein wenig skeptischen Fragen. Nun zu einigen weiterführenden Überlegungen: Die Herausgeberinnen des Bandes zur *öffentlichen Soziologie* bearbeiten als Soziologen unterschiedliche thematische Felder – von der aus der Frauenbewegung heraus inspirierten Debatte über Care-Arbeit im Kapitalismus (Aulenbacher) bis hin zur kritischen Analyse der gegenwärtig Kontur gewinnenden Postwachstums-Kapitalismen (Dörre). Weitere Anwendungsfelder wie Nachhaltigkeit oder soziale Bewegungen kommen in den folgenden Teilen hinzu. Eine Auseinandersetzung mit einem so breiten Themenspektrum würde den hier aufgespannten Rahmen überschreiten. Aber wie eingangs formuliert gibt es einen industriesoziologischen Kern oder Ausgangspunkt der Debatte. Ich habe darauf im Zusammenhang mit meinem Anliegen hingewiesen, den engen soziologischen Disziplinbezug zu problematisieren. Abschließend will ich nun nochmals auf den stark arbeits- und industriesoziologisch fokussierten Beitrag von Klaus Dörre eingehen – und zwar dieses Mal mit Bezug auf die Klassenfrage, die ja im Zuge der Marxrenaissance der 1970er Jahre in den Debatten des Fachs eine große Rolle gespielt hat. Damit bin ich dann auch wieder bei einem Thema, das in meiner Berufsbiographie einen herausgehobenen Stellenwert gehabt hat.

Klaus Dörre wendet sich mit zunächst einmal überzeugenden Argumenten gegen die Tendenz, die ökologischen Herausforderungen als Gattungsfragen *jenseits von Klasse und Stand* zu thematisieren, wie das Ulrich Beck seinerzeit getan hat. Die gesellschaftlichen Spaltungs- und die multiplen, also auch die ökologischen Krisenprozesse würden durch eine konsequente Verfolgung zumeist bornierter Klasseninteressen einer kleinen, zunehmend globalen Geldelite forciert, während ihre Folgen

³⁹ Siehe Foucault 2017, 193.

⁴⁰ Dies gilt jedenfalls im Licht meiner eigenen Erfahrungen damit, im Zuge der systematischen Entfaltung von Anwendungsorientierung einen professionellen Klientelbezug aufzubauen und diesen methodisch reflektiert zu nutzen und dabei die Beforschten als handelnde Subjekte in ihren jeweiligen Handlungsfeldern ernst zu nehmen. Siehe Martens/Dechmann 2010, 218-233.

zuerst die Angehörigen der Unterklassen hier und der ‚Verdammten dieser Erde‘ im globalen Süden betreffen. *Klimawandel und soziale Ungleichheit* seien deshalb *untrennbar miteinander verknüpft*. Dass eine Eindämmung des Klimawandels *in einer stagnierenden Ökonomie ohne harte soziale Auseinandersetzungen, die auch und gerade zwischen Klassen ausgetragen werden, möglich sei, sei eine mehr als unrealistische Annahme*.⁴¹ Mit harten sozialen Auseinandersetzungen ist allerdings schon allein deshalb zu rechnen, weil es hier um die Veränderung bestehender Herrschaftsverhältnisse gehen wird, - oder eben um eine Auseinandersetzung mit der *Gewalt des Zusammenhangs*.⁴² Klärungsbedürftig bleibt dann aber immer noch, was aus der empirischen Tatsache, dass das Viertel der Haushalte mit dem höchsten Einkommen in Deutschland im Durchschnitt dreimal so viel an Ressourcen verbraucht wie das ärmste Viertel, für eine (Klassen)Politik folgen soll.

Vor allem aber ist dann der Klassenbegriff selbst klärungsbedürftig. Klaus Dörre zieht ihn, wie er schreibt, Schichtungsmodellen oder distinktiven milieuanalytischen Unterscheidungen im Anschluss an Pierre Bourdieu⁴³ vor, weil der Klassenbegriff die Kausalverknüpfung der Spaltungsprozesse zwischen Arm und Reich sichtbar mache. Der Blick werde so auf die inneren ökonomischer Reproduktionslogiken kapitalistischer Ökonomien gerichtet - im Zusammenspiel mit Politiken zur Sicherung bestehender Verteilung von Reichtum, Macht und Herrschaft innerhalb der herrschenden *Gewalt des Zusammenhangs*. Insofern ist es sicherlich berechtigt, die ungebrochene analytische Erklärungskraft der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* zu betonen, wie dies im Übrigen auch eher konservative Soziologen wie Karl-Siegbert Rehberg tun.⁴⁴ Andererseits kann man aber kaum bestreiten, dass distinktive Milieuuntersuchungen im Anschluss an Bourdieu, wie sie für Deutschland insbesondere von der Forschungsgruppe um Michael Vester vorgelegt worden sind, empirisch eine so differenzierte Sicht auf unsere soziale Wirklichkeit in den Zeiten fortschreitender gesellschaftlicher Spaltungsprozesse ermöglichen, wie sie die klassenanalytischen Ansätze zu Zeiten der Marxrenaissance der 1970er Jahre nicht annähernd ermöglicht haben.

Vester hat zuletzt sehr überzeugend gezeigt, dass und wie Pierre Bourdieus Konzept des Sozialen Raums produktiv weiterführend an Marx anknüpft. Bourdieu breche zum einen mit der Konvention, *von nur einer einzigen Handlungsebene auszugehen*. Er unterscheide *stattdessen drei hauptsächliche, d.h. weiter unterteilbare, Hand-*

⁴¹ Siehe Dörre 2017, 51.

⁴² Oskar Negt und Alexander Kluge (1981) Diskutieren unter dieser Überschrift im dritten Hauptteil von *Geschichte und Eigensinn* – einer beeindruckenden Untersuchung, die anknüpfend an das Marxsche Denken darauf zielt, die Grundrisse einer Politischen Ökonomie der Arbeitskraft zu entwickeln – die Verselbständigung der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse gegenüber den lebendigen Arbeitsvermögen.

⁴³ Siehe dazu Bourdieu 1982 sowie für Deutschland die Forschungen der Gruppe um Mike Vester (Vester u.a. 2001) sowie zuletzt Vester 2017.

⁴⁴ Siehe dazu Rehbergs (2011) sehr anregenden Aufsatz *„Klassengesellschaftlichkeit“ nach dem Ende der Klassengesellschaft?*

lungsebenen oder Felder, die sich relativ autonom zueinander verhalten. Dies seien: die Klassengliederung (a) nach der ökonomischen Stellung, (b) nach dem Habitus bzw. den mit diesem indirekt verknüpften Lebensstilen und (c) nach der politischen Positionierung der verschiedenen Klassenfraktionen.⁴⁵ Bourdieu verweise wiederholt auf die Komplexität der Beziehungen zwischen diesen drei, analytisch unterschiedenen Feldern und warne vor Lesarten, die Strukturähnlichkeiten ‚auf direkte und mechanische Relationen zwischen Gruppen und Merkmalen reduzieren‘. Es handele sich, so Vester, um die gleichen drei relativ autonomen Handlungsebenen, die auch in den klassischen Theorien bei Marx, Weber und Gramsci angelegt seien. Bourdieu breche zugleich *mit der Konvention, das Klassengefüge auf vertikale Rängeleitern in Momentaufnahme zu reduzieren.* In seiner Darstellung des sozialen Raums als eines dreidimensionalen Spannungsfeldes werde erkennbar, so Vester,

dass die Strukturentwicklungen und ebenso die Allianzen und Frontbildungen zwischen den Klassen und Klassenfraktionen widersprüchlich sind und niemals linear in eine Richtung verlaufen können, wie uns Zeitdiagnosen vorgaukeln. Mit den vertikalen, horizontalen und zeitlichen Dynamiken überlagern und überschneiden sich Kräfte, die zwar nicht unabhängig voneinander sind, aber doch relativ verschiedenen Logiken folgen und in verschiedene Richtungen weisen.

Ich möchte an dieser Stelle, über meinen obigen Verweis auf Jacques Rancière hinaus die Aufmerksamkeit auf die folgenden Gesichtspunkte lenken:

Zum ersten fällt auf, dass die Verwendung des Klassenbegriffs im angelsächsischen Kulturkreis unbefangener und selbstverständlicher erfolgt als hierzulande – vermutlich weil hier die Philosophie Hegels, auch in ihrer hegelmарxistischen ‚materialistischen Erdung‘, nie so einflussreich gewesen ist wie in Kontinentaleuropa. Andererseits kommt Chrystia Freeland in ihrem Buch *Plutocrats: The Rise of the New Global Super-Rich and the Fall of Everyone Else* ohne den Klassenbegriff aus, und sie verweist doch, bereits im Buchtitel, auf den KausalnexuS, den Dörre hervorheben möchte.⁴⁶ Wichtiger ist mir hier aber ein anderer Punkt: Das Verschwinden des Klassenbegriffs in den sozialistischen Parteien des Westens ist ja unzweifelhaft eng verknüpft mit den Niederlagen der alten Arbeiterbewegung und den Erfahrungen mit der ‚Nacht des Jahrhunderts‘. Das heißt, in den Worten Arendts, dass *die Oktober-Revolution die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts (gewesen), und darum (...) die Tatsache, dass auch dieser Weg im Totalitären endete, die wesentliche Enttäuschung des Zeitalters* gewesen ist.⁴⁷ Diese Erfahrung ist eng verbunden mit dem

⁴⁵ Bourdieu unterscheide so den *Raum der sozialen Positionen*, den *Raum der Lebensstile* und den *politischen Raum*. Weiter biete Bourdieu, wie vor ihm schon Theodor Geiger eine *praktikable empirische Methodologie für deren Untersuchung an*.

⁴⁶ Siehe Freeland 2013. Im Deutschen Titel *Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite* taucht eben dieser Zusammenhang nicht mehr auf.

⁴⁷ Der zitierte Satz findet sich in ihrem *Denktagebuch* (Arendt 2003, 25).

Wandel sozialistischer Parteien zu Volksparteien - und zugleich mit dem Verlust einer systemtranszendierenden Perspektive.

Zum zweiten handelt man sich mit dem Klassenbegriff das Problem der Klasseninteressen mit ein, wie er in den Traditionslinien marxistischen Denkens seine Rolle spielt. Und auch wenn man hier zusammen mit dem Klassenbegriff der marxistischen Tradition, also dem von *Klasse an sich* und *Klasse für sich*, auch die Unterscheidung von objektiven und subjektiven Interessen vermeidet,⁴⁸ man bleibt doch leicht der Vorstellung verhaftet, dass menschliches Handeln ganz wesentlich von Interessen motiviert sei. Es sei an dieser Stelle nochmals daran erinnert, dass Albert O. Hirschman in seiner Untersuchung zur Karriere des Begriffs des Interesses als einer *Begründung des Kapitalismus vor seinem Sieg* gezeigt hat, dass der ökonomische Interessenbegriff im 18. Jahrhundert zusammen mit dem Aufstieg des Bürgertums deshalb stark gemacht worden ist, weil man hoffte, so die Verfolgung rationaler Interessen gegen die dem Adel zugeschriebenen starken Leidenschaften zum Zuge bringen zu können. Untersucht man nun heute soziale Konflikte,⁴⁹ wird man – gegenläufig zu dieser Begriffsgeschichte - immer wieder finden, dass in ihnen Interessen und Leidenschaften treibende Motive der Menschen sind.

Damit stellt sich drittens die Frage, ob man eine systemtranszendierende Perspektive durch Rückbesinnung auf einen – nun von hegelmарxistischen Geschichtsmetaphysikern gereinigten – Klassenbegriff gewinnt, der sicherlich auf den ersten Blick radikal klingt. Dagegen kann man die These vertreten, dass es im politischen Prozess Gesellschaft heute darum gehen müsste, neben oder zusammen mit spezifischen Interessen gesellschaftlicher Klassen auch Gattungsfragen politisch wirksam, also öffentlich zur Sprache zu bringen. Die SP Schweiz, die heute unter den sozialdemokratischen Parteien mit bemerkenswerter Radikalität fordert, *eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch zu bringen*, verzichtet vermutlich wohlüberlegt auf den Gebrauch des Klassenbegriffs. Für öffentliche Wirksamkeit eines *Linkspopulismus mit emanzipatorischem Charakter* fordern Cedric Wermuth und Pascal Zwicky (2017, 82) zwar, *die Antagonismen zwischen oben und unten wieder herzustellen*, und sie sprechen auch von einer *zwingend notwendigen Klassenanalyse*, und Zwicky (2018) spricht in einem Vortrag über *Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation* unter Bezugnahme auf Ale-

⁴⁸ Michael Vester (2018) hat gezeigt, dass diese Unterscheidung von Klasse an sich und Klasse für sich so von Marx selbst nie gebraucht worden ist, vielmehr auch Nikolai Bucharin (1922) zurückgeht.

⁴⁹ Siehe dazu unsere Untersuchung zu Standortkonflikten *Am Ende der Deutschland AG* (Martens/Dechmann 2010), in der wir in Bezug auf einige der von uns näher untersuchten Konfliktfälle dezidiert von *leidenschaftlichem Interessenhandeln* gesprochen und auf die Analyse der Karriere des Interessenbegriffs bei Hirschman verwiesen haben.

xander Demirovic (2017) auch von *Klassenpolitik*,⁵⁰ aber man sollte genau hinsehen, wenn er ausführt, es gehe nicht

um eine Reduktion auf eine Gruppe von Lohnabhängigen - die Industriearbeiter, die Prekären – oder um die Festlegung auf eine gemeinsame Identität der Klasse, sondern vielmehr um die Perspektive einer neuen Produktions- und Lebensweise, um die komplexe Verknüpfung der verschiedenen Formen der Beteiligung an der gesamten gesellschaftlichen Arbeit.

Denn dann geht es nach meinem Verständnis darum, *ein transformatorisches politisches Subjekt* dadurch *zusammenzuführen*, dass unterschiedliche konkrete Interessen verschiedener sozialer Klassen – oder auch Schichten oder Milieus – artikuliert, und mit übergreifenden Zielen durch ihr *Übersteigen*, ganz im Arendtschen Sinne, vermittelt und eben auf diese Weise zusammengeführt werden.

Ganz abgesehen davon, dass sich dann der Rückgriff auf Bourdieus Analyseinstrumente anbietet, dürfte es dann aber viertens auch darauf ankommen neben rationalen Interessen, auch Leidenschaften angemessen zu berücksichtigen. Um das, was damit gemeint ist, etwas greifbarer zu machen: Georg Büchners politische Forderung *Friede den Hütten, Krieg den Palästen* – angesichts des *nach uns die Sintflut* der Madame Pompadour, die sich des niedergehenden Spätabsolutismus vermutlich durchaus bewusst war -, verknüpft mit seiner leidenschaftlichen literarischen Gestaltung des Elends der einfachen Menschen im Woyzcek, oder seine Gestaltung der aufbrechenden Sinnfragen in seinem Prosastück Lenz, zielen neben neu aufzuwerfenden philosophischen Sinnfragen eher auf die Leidenschaften, die er angesichts seiner Empörung über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu entfachen versucht hat. Die sind deshalb dort, wo es um vernünftig begründete Interessen und Interessenausgleiche geht also immer mit im Spiel und deshalb in angemessener Form zu artikulieren.

Eine Linke, die heute wieder Politikfähig werden will, müsste ihre Darlegung vernünftiger, interessenbezogener und zugleich auf der Suche nach zielführenden und tragfähigen Kompromissen Interessen übersteigender Politik auch überzeugend mit einer leidenschaftliche Politik verknüpfen – die sich also darauf versteht und nicht scheut, Leidenschaften gegen den Zynismus des herrschenden Politikbetriebs zu mobilisieren, zugleich aber immer im Blick behält, wie sie diese leidenschaften im Rahmen einer stetig öffentlich geschärften Urteilskraft in vernünftigen Bahnen hält. Diese Überlegung bewegt sich im Übrigen ganz in den Bahnen des philosophischen Denkens des radikalen französischen Aufklärers Denis Diderot. Pilipp Blom schreibt dazu

⁵⁰ Siehe zur SP Schweiz deren Positionspapier (2016) und zu Wermuth/Zwicky (2017) deren Aufsatz *Make Social Democracy Great Again*. Wir haben und im September 2018 auf einem Workshop des *Forum Neue Politik der Arbeit (FNPA)* darum bemüht aus den bemerkenswerten Entwicklungen der Schweizer Sozialdemokratie Impulse für die weitere Arbeit unserer Dialogplattform zwischen Gewerkschaften und gewerkschaftsnaher Wissenschaft zu gewinnen. Die Ergebnisse sind auf der Homepage des FNPA dokumentiert (www.fnpa.eu). Siehe auch Martens 2019.

zutreffend: so sehr Diderot als Philosoph die Vernunft gegen das Vorurteil ins Feld führe, erkennt er doch auch,

dass das menschliche Wesen ganz anderen Prinzipien gehorche. Die Natur drücke sich durch starke und blinde Leidenschaften aus, die eigentlichen Antriebskräfte des Daseins. Sie könnten mittels Vernunft vielleicht gelenkt werden, so wie Segel ein Schiff durch unwiderstehliche Winde und Strömungen eines Ozeans steuern, aber die Vernunft stehe immer an zweiter Stelle, sei schwächer als die Passion (Blom 2010, 15).

Eben diese Maxime dürfte überall dort gelten, wo sich Sozialwissenschaftler – also Soziologen, Politikwissenschaftler, Ökonomen usw., aber eben auch Philosophen oder Literaten als Intellektuelle in den politischen Prozess der Gesellschaft einzumischen suchen.

Literatur:

- Arendt, H.(2004/1971): Die Lüge in der Politik, in: Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik Heft 3/2004, S. 3-18; Erstveröffentlichung 1971 in New York Review of Books
- (1974): Über die Revolution, München-Zürich
 - (1979): Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen, München
 - (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hg. Von U. Ludz, München- Zürich
 - (2003): Denktagebuch (Hgg. von U. Ludz und I. Nordmann), 2 Bände, Zürich
- Aulenbacher, B. (2017): Caring for a Better World? Über Care, Kapitalismus und die Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 84-98
- Aulenbacher, B.; Burawoy, M.; Dörre, K.; Sittel, J. (Hg.) (2017): Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft, Frankfurt am Main
- Beck, U. (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. S. 35–74 in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Göttingen
- Becker, A. (2013): Diderot und das Experiment des Naturalismus. Nachwort, in: Denis Diderot. Philosophische Schriften, Frankfurt am Main, S.205-269
- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München
- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main
- (2004): Der Staatsadel, Konstanz
 - (2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1, Herausgegeben von Margareta Steinrücke. Hamburg
- Brandt, R. (2010):Wozu brauchen wir noch Universitäten? Und welche? Festvortrag anlässlich der Verleihung des „Heidelberger Förderpreises für klassisch-philologische Theoriebildung“, am 12. Februar 2010
- (2011):Wozu noch Universitäten?, Hamburg
- Brandt, G. (1984): Marx und die neuere deutsche Industriosozologie, in: Ders. (Hg.), Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung, Frankfurt am Main
- Brokmeier, P. (1994): Institutionen als Organon des Politischen. Versuch einer Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt, in: Göhler, G. (Hg.) Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 167-186
- Bude, H. (2017): Das Theater als Ort öffentlicher Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 370-375

- Burawoy, M. (2017): Die Zukunft der Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 99-112
- Camus, A. (2011): Der Mythos des Sisyphos (13. Auflage), Reinbek bei Hamburg
 - (2016): Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbek bei Hamburg
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- Dörre, K. (2017): Nach dem schnellen Wachstum: Große Transformation und öffentliche Soziologie, in: Dörre, K. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 33-67
- Elias, (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1945), Frankfurt am Main
- Enzensberger; H. M. (2002): Die Elixiere der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main
- Ferber, C. v. (1997): Sozialforschung – Ein zukunftsweisendes Modell für Interdisziplinarität und Praxisorientierung, in: ARBEIT; 2/1997, S. 139-153
- Foucault, M. (1977): Wahrheit und Macht. Interview von Alessandro Fontana und Pasquale Pasquino, in: Dispositive der Macht, Michelt Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin
- Freeland; C. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite; Frankfurt am Main
- Geier, M. (2018): Geld ruiniert die Welt. Je wohlhabender die Haushalte in Deutschland sind, desto mehr Ressourcen verbrauchen sie – und belasten so die Umwelt, SZ 10-07. 2018
- Görg, C. (2017): Boundary Negotiations: Grenzverschiebungen in den Nachhaltigkeitswissenschaften, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 133-145
- Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main
 - (2008): Nach dem Bankrott. Der Privatisierungswahn ist an sein Ende gekommen. Nicht der Markt sondern die Politik ist für das Gemeinwohl zuständig: Ein Gespräch mit dem Philosophen Jürgen Habermas, in: Die Zeit, Nr. 46, 06.11. 2008
- Hirschman, A. O. (1980): Leidenschaften und Interessen, Frankfurt am Main
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York
- Huchler, N. (Hg) (2008): Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der Disziplin Arbeits- und Industriesoziologie, Berlin
- Klausnitzer, R. (2011): Endgültige Kapitalisierung, <http://www.Freitag.de/kultur/1130-endgultige-kapitalisierung>
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a.M./NewYork
- Lehndorff, S. (2014): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Lepsius, M. R. (2003): „Die Soziologie ist eine Dauerkrise. Gespräch mit Georg Vobruba“, in: Soziologie, Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 32.Jg. Heft 3, S.20-30.
 - (2008): Blicke zurück und nach vorne: M-. Rainer Lepsius um Gespräch mit Adalbert Hepp und Martina Löw. In: Hepp, A.; Löw, M.- (Hg.) M. R. Lepsius. Soziologie als Profession, Frankfurt/New York, S. 11-75
- Martens, H. (2001) Auf dem Weg zu einer neuen Aktionsforschungsdebatte? Forschung, Organisations- und Politikberatung aus Sicht sozialwissenschaftlicher Arbeitsforschung, 340-370 in: Fricke, W. (Hg.) Jahrbuch Arbeit und Technik 2001, S. 340-370
 - (2008): Arbeits- und Industriesoziologie: Ende der Debatte bedeutet nicht Ende der Krise, in: Soziale Welt 2/2008, S. 790-100
 - (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
 - (2013): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur Grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Forschung für gesellschaftliche (Um)Gestaltung, Münster
 - (2013/2016): Hannah Arendt und der politische Humanismus, www.drhelmutmartens.de
 - (2014a): Politische Subjektivierung und ein neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Foucault und Rancière zusammen- und weiter denken, Münster

- (2014b): Denis Diderot und das vergessene Erbe der Aufklärung. Die radikale Aufklärung als Inspiration und Warnung angesichts der Träume der westlichen Zivilisation, www.drhelmutmartens.de
 - (2015): „Grenzgängerischer“ Erfahrungen mit der „kritischen Industriesoziologie“ – Reflexionen angesichts der spezialdisziplinären Entpolitisierung eines Fachs mit einmal umfassenderem gesellschaftlichem Gestaltungsanspruch, www.drheölmuttermartens.de
 - (2016): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus. Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik, Hamburg
 - (2018a): Intellektuelle und politische Praxis - Philosophie und Politik, Wissenschaftliche und literarische Zugänge zur Wirklichkeit, www.drhelmutmartens.de
 - (2018b): Die Krise der Demokratie als Herausforderung linker Politik, oder: Der schwierige Weg zur Demokratie als Lebensform, www.drhelmutmartens.de
 - (2018c): Solidarität und Zusammenarbeit gegen das neoliberale Rollback. Zur Aktualität und unumgänglichen theoretischen Refundierung einer alten Fragestellung, (Veröffentlichung in Vorbereitung, Erstfassung auf www.drhelmutmartens.de)
 - (2019): Warum in die Ferne schweifen? Angesichts der Herausforderungen linker Politik ein Blick auf die SP Schweiz (im Erscheinen)
- Martens, H.; Dechmann, U (2010): Am Ende der Deutschland AG. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Marx, K., (1939/1941): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Moskau, Fotomechanischer Nachdruck o. J. Frankfurt/Wien
- Müller, H.-P. (2017): Die Grenzen der Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S.113-118
- Münch, R. (2011): Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform, Frankfurt am Main
- Neckel, S. (2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main
- Onfray, M. (2015): Im Namen der Freiheit. Leben und Philosophie des Albert Camus, München
- Pausch, M. (2017): Demokratie als Revolte. Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung, Baden-Baden
- Plank, M. (1990): Vom Wesen der Willensfreiheit und andere Vorträge, Frankfurt am Main
- Pongratz, H. J.; Trinczek, R. (Hg.): Industriesoziologische Fallstudien. Entwicklungspotenziale einer Forschungsstrategie, Berlin
- Positionspapier SP Schweiz (2016): Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen, https://www.sp-ps.ch/sites/.../positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf
- Rancière, J., (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt am Main
- Reherg, K.-S. (2011): „Klassengesellschaftlichkeit“ nach dem Ende der Klassengesellschaft?, in: Berliner Journal für Soziologie, 1/2011, S. 7 - 21
- Reif, M. (2016): Professionelle und öffentliche Soziologie, in: Soziologie, Heft 1 2016, S.7-23
- Sauer, D. (2008) Industriesoziologie – mehr als eine akademische Disziplin. Ein historischer und subjektiver Blick in ihre Zukunft, in: Huchler, N. (Hg) (2008): Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der Disziplin Arbeits- und Industriesoziologie, Berlin, S. 199-218
- Singe, I.; Sittel, J. (2017): Prekarität im Dialog: Arbeitssoziologie als organische öffentliche Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S.189-200
- Streeck, W. (2015): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Erweiterte Ausgabe, Berlin
- Thompson, E. P. (1980): Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt am Main
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Wallerstein, I. (1995): Die Sozialwissenschaften „kaputtdenken“, Weinheim

- (1996): Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulbenkian Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften, Frankfurt-New York
 - (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg
- Vester, M.; v. Oertzen, P.; Geiling, H.; Hermann, T.; Müller, D. (2001): Soziale Milieus im sozialen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt am Main
- Vester, M. (2018): Klasse, Klassenfraktionen und Milieus: Von Marx bis Bourdieu, Manuskript für einen Vortrag auf der Tagung „Klasse neu denken. Arbeitstagung zur neuen Klassenanalyse und –politik, Jena 9. Und 10. November 2018, Veröffentlichung bei der RLS in Vorbereitung
- Volkman, U. (2017): Gegenwartsdiagnose: Öffentlich und/oder Soziologie, in: Aulenbacher, B. u. a. (Hg.) a. a. O. S. 119-130
- Wermuth, C.; Zwicky, P. (2017): Make Social Democracy Great Again. 10 Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie, in: Widerspruch,. Heft 69, 2017,S. 79-92
- Ypsilanti, A. (2018): Und dann regieren wir uns selbst, Berlin
- Zinn, K. G. (2007): (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg
- (2016): Vom Industriekapitalismus zum Neofeudalismus? Überlegungen zu einer Zukunft ablaufenden Wirtschaftswachstums, (Manuskript), veröffentlicht in: AK Postwachstum (Hg.): Wachstum – Krise und Kritik, die Grenzen der kapitalistischen Lebensweise, Frankfurt/New York
- Zwicky, P. (2018): Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Transformation. Denknetz U-35, Januar 2018, Basel, Foliensatz